

Südwestblick

Demokratisch - Kritisch - Parteilich - Links *Ausgabe 1 / 2012*

Kriegsvorbereitungen stoppen

Manchmal lässt es sich nicht vermeiden, einen Text, sei es eine Bedienungsanleitung, eine Verordnung, ein Gesetz oder einen Vertrag ganz genau, sozusagen Wort für Wort zu lesen. Tut man dies nicht, steht man am Ende leicht als der Dumme oder der Betrogene dar. Oder aber man wird von Betreibern demagogischer Verleumdern instrumentalisiert. Von Letzteren soll im Folgenden die Rede sein.

Wer am 19. Januar die Möglichkeit hatte, die „Aktuelle Stunde“ im Bundestag zu verfolgen, weiß worum es geht. Fraktionsmitglieder der Partei Die Linke hatten den Aufruf „Kriegsvorbereitungen stoppen! Embargos beenden! Solidarität mit den Völkern Irans und Syriens!“ unterzeichnet. Das war der Startschuss einer Medienkampagne, an deren Spitze sich wieder einmal Christian Bommarius von der Berliner Zeitung stellte. Ein Mann, der, wenn er über die Linke schreibt, ohnehin nur Watte im Kopf und Schaum vorm Mund hat. Ihren vorläufigen Höhepunkt erreichte die Kampagne in der von den Koalitionsfraktionen beantragten „Aktuellen Stunde“. Der Vorwurf lautete, die Unterzeichner hätten sich mit dem „Massenmörder“ Assad „verbrüder“; und: „zynisch“ und „menschenverachtend“ sei ihr Verhalten.

Welch eine Bedrohung geht von der Partei Die Linke aus, dass sich die Medien wie selbstverständlich gleichschalten und die Parteien von CDU/CSU, FDP, SPD und den Grünen ohne Absprache eine XXL-Koalition eingehen, wenn sie wieder einmal eine Chance wittern, über diese Partei herzufallen? Viel Feind, viel Ehr', so möchte man allzu gern gelassen reagieren wollen. Doch leider lassen sich die geistigen Gehirn-Waschautomaten nicht einfach so abschalten. Eine andere Spruchweisheit sollte man sich vielleicht eher zu Herzen nehmen: „Wer sich verteidigt, klagt sich an“. Deshalb drehen wir den Spieß kurzerhand um und gehen selber zum Angriff über. Schließlich leben wir in einem Land, in dem die meisten Menschen lesen und schreiben können. Beginnen wir mit der schlichten Frage: Warum haben die Printmedien ihren Leserinnen und Lesern den Wortlaut des Aufrufs eigentlich vorenthalten? Der Text selbst gibt die Antwort (**siehe Kasten 1**). Wer ihn gelesen hat und ihn anschließend mit den erhobenen Vorwürfen abgleicht, muss sich die Augen reiben und fragen: „Wie denn, was denn? Solidarität mit den Völkern Irans und Syriens gleich Verbrüderung mit herrschenden Massenmördern? Da kann doch etwas nicht stimmen. In dieser Auslegung werden ja die hier angesprochenen Völker geradezu zu Komplizen ihrer Regime abgestempelt. Träfe das zu, wären ja Mitgefühl und Solidaritätsbekundungen egal von wem ganz und gar fehl am Platz“. Doch da kommen wir zum springenden Punkt. Ihn zu setzen blieb

den Abgeordneten der Grünen, Volker Beck, vorbehalten. Er sagte in der „Aktuellen Stunde“, dass das Prinzip der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten von

Für Frieden, Freundschaft und Völkerverständigung

Kriegsvorbereitungen stoppen! Embargos beenden! Solidarität mit den Völkern Irans und Syriens!

Zehntausende Tote, eine traumatisierte Bevölkerung, eine weitgehend zerstörte Infrastruktur und ein zerfallener Staat: Das ist das Ergebnis des Krieges, den USA und Nato geführt haben, um den Reichtum Libyens plündern und das Land wieder kolonialisieren zu können. Jetzt bereiten sie offen den Krieg gegen die strategisch wichtigen bzw. rohstoffreichen Länder Syrien und Iran vor, die eine eigenständige Politik verfolgen und sich ihrem Diktat nicht unterordnen. Ein Angriff der Nato auf Syrien oder Iran kann zur direkten Konfrontation mit Russland und China führen – mit unvorstellbaren Konsequenzen.

Mit ständigen Kriegsdrohungen, dem Aufmarsch militärischer Kräfte an den Grenzen zu Iran und Syrien sowie mit Sabotage- und Terroraktionen von eingeschleusten „Spezialeinheiten“ halten die USA gemeinsam mit weiteren Nato-Staaten und Israel die beiden Länder in einem Ausnahmezustand, der sie zermürben soll. Zynisch und menschenverachtend versuchen USA und EU, mit Embargos ihren Außenhandel und Zahlungsverkehr planmäßig lahm zu legen. Die Wirtschaft des Iran und Syriens soll bewusst in eine tiefe Krise gestürzt, ihre Arbeitslosenzahlen erhöht und die Versorgungslage ihrer Bevölkerung drastisch verschlechtert werden. Die inneren sozialen Konflikte sollen ethnisiert und zugespitzt, ein Bürgerkrieg entfacht werden, um einen Vorwand für die längst geplante militärische Intervention zu schaffen. An diesem Embargo gegen Iran und Syrien beteiligt sich auch ganz maßgeblich die deutsche Bundesregierung.

Wir rufen alle Bürger, die Kirchen, Parteien, Gewerkschaften, die Friedensbewegung auf, dieser Kriegspolitik konsequent entgegenzutreten. Wir fordern, dass die Bundesregierung

- ☒ die Embargomaßnahmen gegen den Iran und Syrien bedingungslos und sofort aufhebt;
- ☒ klarstellt, dass sie sich an einem Krieg gegen diese Staaten in keiner Weise beteiligen und die Nutzung deutscher Einrichtungen für eine Aggression durch USA und Nato nicht gestatten wird;
- ☒ sich auf internationaler Ebene für die Beendigung der Politik der Erpressung und Kriegsdrohung gegen den Iran und Syrien einsetzt.

Das iranische und syrische Volk haben das Recht, über die Gestaltung ihrer politischen und gesellschaftlichen Ordnung allein und souverän zu entscheiden. Die Erhaltung des Friedens verlangt es, dass das Prinzip der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten konsequent eingehalten wird.

Staaten eine „alte Sowjetdoktrin“ sei. Wir wollen jetzt gar nicht wissen, ob er damit zum Ausdruck bringen wollte, dass die Charta der Vereinten Nationen seinerzeit im Kreml unter Anleitung seines Chefs Josef Stalin formuliert und den Nationen aufgezwungen wurde. Es geht um Wichtigeres. Auch hier lohnt es sich, zunächst den Wortlaut der entsprechenden Passage aus der UNO-Charta zur Kenntnis zu nehmen (**siehe Kasten2**).

So salopp wie Beck hat sich meines Wissens noch niemand rhetorisch über eines der wichtigsten Essentials des Völkerrechts hinweggesetzt. Was zum wiederholten Mal beweist, in welchem Lager die Grünen inzwischen Position bezogen haben. Als Quartiermeister hat ihr früherer Außenminister, Joschka Fischer gedient, nachdem er sich als humaner Interventionist große „Verdienste“ bei der endgültigen Zerschlagung des Bundesstaats Jugoslawien erworben hatte. Um den Krieg auf dem Balkan in Einklang mit dem Völkerrecht zu bringen, wurde damals, also zu Beginn dieses Jahrhunderts ein neuer Begriff in die Sprache der internationalen Politik eingeführt: Responsibility to Protect. Unter seinem Kürzel R2P wurde ein Konzept vorgestellt, das den Schutz der Bevölkerung eines Staates vor schweren Menschenrechtsverletzungen garantieren sollte. Was ist es wirklich? Es ist ein Hebel, mit dem jenes in der UNO-Charta definierte Prinzip der Nichteinmischung außer Kraft gesetzt werden kann. R2P oder in freier Übersetzung. Humanitäre Intervention heißt die Zauberformel, mit der sich die Nato das Recht anmaßt, die Grenzen jener Länder einzureißen, deren Regierungen sich nicht freiwillig dem unterordnen, was die westliche Wertegemeinschaft unter Freiheit, Demokratie und Menschenrechte versteht. Es genügt, einen Blick zurück auf die Ereignisse in Libyen zu werfen um zu begreifen, was sie tatsächlich darunter verstehen. Lassen wir die Mitbegründerin der tunesischen Menschenrechtsorganisation gegen die Folter ‚L’Association de lutte contre la torture‘ zu Wort kommen, die die Nato-Intervention mit folgenden Worten kommentiert hat: „Schlimm ist, dass in Libyen jetzt die islamische Scharia statt einer demokratischen Gesetzgebung eingeführt wird. Die NATO hat den Weg dafür freigebombt. Den Regierungen der westlichen kapitalistischen Länder ist es offenbar völlig egal, wie es den Menschen dort ergeht und ob sie bürgerliche Freiheiten haben werden. Hauptsache, die Geschäfte laufen und die Märkte werden liberalisiert und geöffnet. Sie spielen ihr Spiel, ohne mit der Wimper zu zucken. Sie haben in der Vergangenheit die Diktatoren gestützt, ohne sich darum zu kümmern, ob die Menschenrechte eingehalten werden. Sie werden auch autoritäre religiöse Herrscher an der Macht halten – unter der einzigen Bedingung, dass diese ihren ökonomischen Interessen nicht zuwiderhandeln.“ Was diesen letzten Punkt betrifft, so war man sich die Westmächte beim libyschen Staatschef Ghadafi nie ganz sicher, sie befürchteten bei ihm trotz seiner demonstrativ gezeigten Kooperationsbereitschaft immer einen Rückfall in seine antiimperialistische Vergangenheit, zumal er ihnen bis zuletzt nur einen eingeschränkten Zugriff auf das schwarze Gold gestattet hatte. Als sich gegen seine Machtausübung Widerstand erhob, nutzte man die Gunst der Stunde und ließ sich vom UNO-Sicherheitsrat ein Mandat erteilen, das dem Schutz der Zivilbevölkerung dienen sollte, in seiner Umsetzung indes als Freibrief ausgelegt wurde, das Land und Städte so lange zu bombardieren zu dürfen, bis man den Staatschef, mit dem man noch vor Jahresfrist händeschüttelnd vor die Kamera trat, um über erfolgreich abgeschlossenen Geschäfte zu berichten, zur Strecke gebracht hatte. In der Folge wurden große Teile des Landes in Schutt und Asche gelegt und unter seinen Trümmern das Grundrecht auf Leben von 60.000 Männer, Frauen und

Kinder begraben.

Die R2P genannte Schutzverpflichtung hat sich auf eindrucksvolle Art und Weise selbst entlarvt, und zwar als mit dem Label Freiheit-Demokratie-Menschenrechte ausgestatteter Türöffner, mit dem die Nato-Staaten sich eine Legitimationsbasis verschaffen wollen für den uneingeschränkten, notfalls mit Gewalt herzustellenden Zugriff auf alle ölgetränkten und anderen Märkte, ganz gleich, in welchen staatlichen Grenzen sich diese befinden. Das ist – im Klartext – klassische imperialistische – Gewaltpolitik. Und genau gegen diese, und nur gegen diese richtet sich der Aufruf. Es geht also um nicht weniger als das Recht eines jeden Volkes, über die Geschicke seines Landes selbst und souverän zu bestimmen, und das heißt ohne fremde Einmischung. Hinter der geheuchelten Empörung die Unterzeichner verbirgt sich die Wut des politischen Establishments und seiner ihm angeschlossenen Medien, dass es eine gesellschaftliche Bewegung und eine Partei gibt, die einen von außen geplanten Regimewechsel strikt ablehnen und nicht hinnehmen wollen, dass das Völkerrecht in ein Interventionsrecht nach imperialistischer Lesart umfunktioniert wird. Und die schon gar nicht denjenigen ein Recht auf einen Regime Change zugestehen, die noch vor wenigen Monaten mit dem syrischen Regime bestens kooperiert und gleichzeitig vor der u.a. von der Linkspartei geäußerten Kritik an den dortigen Folterpraktiken die Augen verschlossen haben. Die Art und Weise wie die täglich einlaufenden Informationen über die offenkundigen Kriegsvorbereitungen gegen den Iran und Syrien publizistisch begleitet werden, zeigt uns, wo die Schreibtischtäter zukünftiger Kriege zu finden sind.

Wenn aber für den Abgeordneten Volker Beck – und wie wir sehen, nicht nur für ihn – die Kernaussage des Aufrufs gleichbedeutend ist mit einem Festhalten an einer „alten Sowjetdoktrin“, so wollen wir abschließend feststellen, dass wir dies als eine posthume Würdigung der sowjetischen Außenpolitik verstehen, weil sie es zu ihrer Zeit nicht zugelassen hat, dass sich die imperialistischen Staaten so austoben konnten, wie sie es zuletzt in Libyen, derzeit noch im Irak und Afghanistan tun. – Es darf nicht sein, dass die Nato-Staaten ihr Spiel im Iran und in Syrien fortsetzen. Deshalb sind alle demokratischen und antifaschistischen Menschen gefordert, das in ihren Kräften mögliche zu tun, um diesem Treiben ein Ende zu machen.

Hans Schoenefeldt

23. Januar 2012

Charta der Vereinten Nationen

Artikel 2

Ziffer 4: Alle Mitglieder unterlassen in ihren internationalen Beziehungen jede gegen die territoriale Unversehrtheit oder die politische Unabhängigkeit eines Staates gerichtete oder sonst mit den Zielen der Vereinten Nationen unvereinbare Androhung oder Anwendung von Gewalt.

Ziffer 7: Aus dieser Charta kann eine Befugnis der Vereinten Nationen zum Eingreifen in Angelegenheiten, die ihrem Wesen nach zur inneren Zuständigkeit eines Staates gehören, oder eine Verpflichtung der Mitglieder, solche Angelegenheiten einer Regelung auf Grund dieser Charta zu unterwerfen, nichtabgeleitet werden; ...